

Souveränität: Dynamisierung und Kontestation in der digitalen Konstellation

Thorsten Thiel

1. Einleitung

Ein Artikel zu Souveränität, Staatlichkeit und digitaler Vernetzung muss – einem ungeschriebenen Gesetz zufolge – mit einem Zitat von John Perry Barlow beginnen. Dessen am 8. Februar 1996 in Davos verkündete »Declaration of the Independence of Cyberspace« hatte eine enorm debattenprägende Wirkung. Barlows donnerndes, an die – unterschiedslos als Tyrannen apostrophierten – Regierungen der Welt gerichtetes »You have no moral right to rule us nor do you possess any methods of enforcement we have true reason to fear« (Barlow 1996) setzte den Ton für eine Auseinandersetzung, die Souveränität unversöhnlich als territoriales und gewaltsames Prinzip gegen ein digitales, partizipatorisches und inklusives Gemeinwesen stellt. Eine Vorstellung, die heute noch wichtig ist, wenn auch nun der Kanon unserer Zeit lautet, dass man sich im ersten Abschnitt eines Textes zu Internet und Digitalisierung von den naiven Utopien zu verabschieden habe, die uns blind gemacht hätten für die gefährlichen Kräfte, die die digitale Vernetzung entfessele.

Dass Souveränität noch einmal zu einem produktiven Konzept in der politischen Diskussion werden würde, war in den 1990er Jahren nicht mehr unbedingt zu erwarten. Die Betonung neuer Governance-Formen, von Globalisierung und Interdependenz verleitete auch ungeachtet der noch in einer frühen Phase befindlichen Durchdringung von digitaler Kommunikation und Gesellschaft zur Annahme, dass wir Zeugen einer Neuformierung von Politik würden, welche ohne den Staat – und damit auch ohne das Konzept der Souveränität – würde auskommen können. Heute wissen wir, dass dies mit Blick auf globale Politik, aber eben auch in Bezug auf die politische Ordnung der digitalen Konstellation, ein Fehlschluss war. Souveränität ist nicht verschwunden, sondern hat vielmehr enorm an Bedeutung gewonnen – und dies global, im öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskurs, seitens sehr unterschiedlicher Akteure und in diversen Bezügen – von Cybersicherheit bis hin zu Verbrauchersouveränität.

Der vorliegende Beitrag soll den Bedeutungswandel des Souveränitätskonzepts für den Digitalisierungsdiskurs etwas weiter aufschlüsseln, indem gezeigt wird, mit welchen Gegenständen das Konzept in Verbindung gebracht wird und was zentrale Forschungsfragen sind. Hierfür geht er entlang dreier, sich oft überlappenden, aber analytisch doch zu differenzierender Stränge der Souveränitätsdebatte vor: Debatten um Souveränität und Territorialität, Debatten um Souveränität und Herrschaftsansprüche und Debatten um Souveränität und demokratische Selbstbestimmung.¹ In diesem Durchgang zeigt sich, dass die performative Produktivität des Konzepts Souveränität einer Mischung aus begrifflicher Unschärfe und tiefer Ambivalenz entspringt, die Souveränität zu einer Projektionsfolie für sehr unterschiedlich aufgeladene Diskurse macht. In der engen Verzahnung von analytischen und normativen Aspekten, die fast alle Auseinandersetzungen mit dem Thema prägen, wird dieser Charakter von Souveränität als begrifflichem Anker deutlich – es zeigt sich, dass wer von Souveränität reden will, von Staatlichkeit wie Demokratie nicht schweigen sollte.

2. Souveränität und das Prinzip territorialer Staatlichkeit

Die Debatte um den Zusammenhang von Souveränität und Staatlichkeit bzw. die Auflösung von Territorialität, ist – wie ja bereits der Barlow-Verweis gezeigt hat – die Grundintuition der Auseinandersetzung in Bezug auf das Digitale. In ihr wird die an der Trias von Bevölkerung, Territorium und Staatsgewalt orientierte Souveränität mit der Netzwerk-Vorstellung eines globalen, orts- und grenzenlosen Austauschs kontrastiert. In letzterer soll Gewalt und Legitimität nicht mehr als monopolisierbares Gut gedacht werden, sondern Ordnung soll sich horizontal – und das meint: relational und dynamisch – vollziehen (zur ideengeschichtlichen Tradition dieser Entgegensetzung vgl. August 2018, zum Zusammenhang von Internet und Dezentralisierung vgl. Schrape 2019). Neben der Frage, welcher dieser Vorstellungen normativ höher zu bewerten sind, konzentrierte sich die Diskussion dabei zunächst lange auf den analytischen Gehalt dieser Unterscheidung, also auf die Frage, inwiefern eine vernetzte und eine territorial geordnete Welt tatsächlich unvereinbar sind. Die scheinbare Evidenz einer Unregierbarkeit des Digitalen (die klassische Position findet sich etwa bei: Johnson/Post 1996) erwies sich dabei schon

1 Diese Einteilung unterscheidet sich leicht von anderen Aufsätzen, die das Thema Souveränität vor dem besonderen Kontext digitaler Vernetzung überblicksartig zu erschließen versuchen. Diese Ansätze verfahren meist chronologisch und bemühen sich um Phaseneinteilungen (Thiel 2014; Misterek 2017; Pohle/Thiel 2019). Die hier vorgeschlagene Darstellung ist näher an einer synchronen Ausarbeitung von Thematisierungsweisen wie sie etwa – wenn auch anders akzentuiert – von Couture/Toumin (2019) und Pohle (2019) vorgeschlagen wird.

früh als nicht haltbar, unter anderem weil Staaten vielfältige Möglichkeiten entdeckten, Recht durchzusetzen (Goldsmith/Wu 2006) und zunehmend technische Kontrolle über Infrastrukturen entwickelt und durchgesetzt haben (Deibert/Masashi 2012; DeNardis 2012).² Weder technische, noch rechtliche oder gesellschaftliche Hypothesen über die Unmöglichkeit das Digitale zu regieren, haben sich als haltbar erwiesen.³ Digitalität und Vernetzung bleiben zwar Herausforderungen für die regulatorische Praxis und Umsetzung von Politiken, doch es erwies sich als nicht haltbar, verschiedene Ontologien von Netzwerk und Staat anzunehmen.

Wenn es aber nicht länger die direkte Entgegensetzung von Netzwerk und staatlicher Souveränität ist, der das politikwissenschaftliche Interesse gelten sollte, wie anders lässt sich dann über die Wirkung des digitalen auf die territorialen Ordnungskapazitäten einer nationalstaatlichen Welt nachdenken. Zwei jüngere Forschungszweige lassen sich hervorheben, die sich weiterhin für das Wechselverhältnis territorial-staatlicher Ordnung und digitaler Netzwerke interessieren, aber das Thema anders und produktiver angehen.⁴

Zunächst sind hier diskursanalytische Arbeiten zu nennen, die sich nicht für die Möglichkeit des Staates (bzw. der Staaten) interessieren, das Internet zu regieren, sondern die auf die Art und Weise blicken, wie dieser Regierungsanspruch diskursiv umgesetzt wird. Gerade weil das Netzwerk im öffentlichen Diskurs lange als regierungssavers und fern von staatlichen Machtansprüchen begriffen wurde, bedarf es diskursiver Anstrengungen, um Souveränität im digitalen Raum zu plausibilisieren und zu legitimieren – und dies nochmal mehr, wenn damit eine neue Qualität der Beherrschung durch immer umfangreichere Kontrollmöglichkeiten einhergeht. Ein Bereich, der hier seit langem als besonders wichtig erkannt wurde,

2 Das heißt nicht, dass es nicht möglich wäre, die Position so weiterzuentwickeln, dass die Reibungspunkte von staatlicher Herrschaft und digitaler Vernetzung in ihrer normativen Widersprüchlichkeit und empirischen Schwierigkeit herausgearbeitet werden könnten. Für eine solche politisch gewendete und in ihrer Normativität reflektierte Aktualisierung steht vor allem das Werk Milton Muellers (2010/2017).

3 Und dies ist wichtig nicht nur mit Blick auf die außerhalb des westlichen Kanon liegenden Autokratien zu formulieren, sondern ebenso in Bezug auf die Demokratien, deren innere liberalpluralistische Ordnung zwar nicht in dem Maße Schließungs- und Abgrenzungsdiskurse hervorbringt, wie es etwa in Russland und China der Fall ist, aber die doch zunehmend auf Dominanz und Kontrolle pochen und die nicht zuletzt die Entwicklung der Möglichkeiten von Kontrolle vorangetrieben haben.

4 Eine dritte, höchst interessante Auseinandersetzung, die sich aber weniger aus dem politikwissenschaftlichen Diskurs speist und seltener Anleihen beim Souveränitätskonzept nimmt, ist die Auseinandersetzung mit Vernetzung und Räumlichkeit. Die sich hier vollziehende umfassende Rekonfiguration – oft unterhalb der Ebene des Nationalstaats und mit besonderem Fokus auf Metropolen – wird etwa von Manuel Castells (2009) oder Saskia Sassen (2006) vorausgedacht und auch politisch reflektiert.

da er zentraler Bestandteil für die seit Hobbes vielleicht grundlegendste Rechtfertigung des Staates ist, ist Sicherheit (Nissenbaum 2005; Dunn Cavelty 2007; Hansen/Nissenbaum 2009; Schünemann 2019 in diesem Band). Hier lässt sich etwa nachzeichnen, wie das Schlagwort *Cyber* (Wagner/Vieth 2016) oder insbesondere die global genutzte Metapher des *Cyberwar* (Kamis/Thiel 2015) in den Diskurs eingeschrieben wird und eine bestimmte Art von Souveränitätsansprüchen produziert. Souveränität lässt somit zunehmend als Praxis verstehen, die zwar (auch) territoriale Qualitäten hervorbringt, die aber eben nicht allein geographisch zu verstehen ist, sondern die es performativ zu entschlüsseln gilt (Lambach 2019) – etwa auch, wenn die in ihr codierten geschlechtlichen oder rassistischen Implikationen offengelegt werden (Möllers 2019).

Gewissermaßen von der anderen Seite kommen Ansätze, die die Institutionen und Instrumente der *Internet Governance* untersuchen. Diskutiert wird hier, wie eine neue Weise des Umgangs mit souveräner Staatlichkeit in einer digital-globalen Welt aussehen kann. Die Annahme ist, dass die emergente, zwischen Formalität und Informalität oszillierende Struktur, welche aus den Koordinationserfordernissen resultiert, die in der Aufrechterhaltung und Entwicklung eines globalen Internetzes entstehen, Lehren auch für das allgemeine Nachdenken über das Regieren in einer post-westfälischen Welt enthalten. *Internet Governance* ist dabei zum einen durch Multi-Stakeholder-Arrangements und direkte Einbeziehung auf allen Ebenen von Politik gekennzeichnet, zum anderen durch hohe Freiwilligkeit, Selbstverpflichtungen und Zieldiskurse getragen. Dieser Versuch, die Ideale der technischen Koordination in ein freies und flexibles, zugleich aber emanzipatives institutionell-informelles Arrangement zu übersetzen, ist häufig in einen Diskurs um Demokratie und Souveränität übersetzt worden (skeptisch ob dieser normativen Aufladung: Hofmann 2016). Die Frage hierbei ist nicht, ob staatliche Souveränität obsolet wird, sondern wie sich staatliche Souveränität in einen Modus von Politik einbringen lässt, in dem neben den Staaten weitere Akteure gleichberechtigt einzubeziehen versucht werden. Inwiefern die hohen Erwartungen an diese »neuen« Formen des Regierens eingelöst werden und ob sich diese Formen der heterarchischen Governance in erfolgreiche reflexive Koordination übersetzen (Hofmann et al. 2017) oder eher eine Metamorphose eines neoliberalen Diskurses darstellen (Chenou 2014) ist die zweite, gegenwärtig virulente Frage im Feld von Souveränität und territorialer Staatlichkeit.

3. Souveränität und das Prinzip von Herrschaft und Kontrolle

Ein zweiter wichtiger Fokus in Debatten um Souveränität blickt auf die Rekonfiguration von Herrschaftsbeziehungen im Kontext der digitalen Konstellation. Souveränität ist hier auf die relationale Frage gerichtet, wer Macht besitzt und sie als

Herrschaft institutionalisieren und durchsetzen kann. Auch hier ist die Vorstellung einer staatlichen Letztentscheidungsinstanz, das berühmte »Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit« (Max Weber), leitend. Und auch hier wird im öffentlichen Diskurs oft unterstellt, dass es zu einer großen Dynamisierung gekommen sei und die Ordnung vergangener Tage durch neue Akteure oder emporstrebende Mächte aufgebrochen wäre (Drezner 2010). Die Perspektive ist aber eine andere, weniger auf abstrakte Prinzipien wie Territorialität und Vernetzung gerichtet, als vielmehr auf aktuelle Machtpotentiale und die Frage, wie selbstbestimmt und durchsetzungsfähig konkrete Staaten heute noch sind. Zwei Aspekte sind zentral: einmal die Auseinandersetzung mit neuen Hegemonien im internationalen System, zweitens der Aufstieg privater Akteure als Herrschaftsakteure, die womöglich selbst souveräne Qualität annehmen.

Wenden wir uns zunächst den relationalen Machtverschiebungen zwischen Staaten zu. Souveränität ist schließlich nicht nur durch Abgrenzung und Kontrolle bestimmt, sondern stabilisiert sich insbesondere auch durch die wechselseitige Anerkennung der mehr oder weniger exklusiven Einflusszonen innerhalb der Gemeinschaft der Staaten. In dieser Hinsicht ist es nun weniger die diffuse Qualität des Netzwerks als vielmehr die vielfältigen neuen Möglichkeiten zu nationalstaatlicher Konkurrenz und Dominanz, welche die Idee der Gleichheit der Staaten und der souveränen Abgrenzung in Frage stellen.⁵ Die Ubiquität digitaler Netze und die Möglichkeiten eines ortsunabhängigen Zugriffs haben die Interaktionsmöglichkeiten über Ländergrenzen hinweg transformiert und Globalisierung damit noch einmal auf eine neue Stufe gehoben, was Reichweite und die Durchdringung aller Bereiche gesellschaftlichen und politischen Lebens betrifft. Dies hat Folgen in Bezug auf die Möglichkeiten von Machtausübung und den Kontrollanspruch von Staaten gegenüber ihren Bevölkerungen. Trotzdem wurde dieses Problem erst relativ spät als Souveränitätsproblem öffentlich thematisiert. Ein einzelnes Ereignis, die Snowden-Enthüllungen 2013, macht hier den zentralen Unterschied. Ungeachtet der Frage, was die realen politischen Konsequenzen aus der Offenlegung der Abhörpraktiken der *Five Eyes* Geheimdienste waren (hierzu: Steiger et al. 2017), kommt es im Zuge der Aufdeckung der umfassenden Überwachung global zu einem Diskurs um Vernetzungspraxis und Staatlichkeit. Der Nachweis der Praktiken anlassloser und sehr großer Datensammlung(en) zeigt, dass die lange dominante Erzäh-

5 Wobei hier anzumerken ist, dass Stephen Krasner (1999) bereits früh herausgearbeitet hat, dass Souveränität sich in der Staatenpraxis oftmals besser als *organized hypocrisy* (organisierte Heuchelei) verstehen lässt. Keineswegs nämlich nivelliert der in Souveränität angelegte Gleichheitsgrundsatz alle faktischen Machtunterschiede oder die realen Interdependenzen und Abhängigkeiten, vielmehr ist Souveränität als Prinzip trotz des expliziten letztinstanzlichen Durchsetzungsanspruch sehr wohl in der Lage, alternative institutionelle oder informale Alternativen zu tolerieren. Nationalstaatliche Souveränität war daher nie absolut, sondern ist eingebettet und situativ zu denken.

lung eines zentrumlosen und im Kern nicht-staatlichen Internets fehlgeht – nun aber nicht wie oben argumentiert, weil Staaten doch Einflussmöglichkeiten haben, sondern weil es de facto zu einer (marktförmig organisierten) hegemonialen Konstellation gekommen ist, in der gerade die Grundrechte nicht-amerikanischer Bürger in einer Weise verletzt werden, die die Souveränität aller anderen Nationalstaaten in Frage stellt (Bauman et al. 2014). Im Nachgang der Enthüllungen normalisiert sich daher bei sehr unterschiedlichen Akteuren des internationalen Systems ein Reden über eine spezifisch digitale Form der Souveränität (*digital sovereignty* oder *data sovereignty* – beide interessanterweise auch mit stark individuellen Verständnissen von Souveränität verknüpft, siehe unten). Am anschaulichsten wird dies in den mit Grundprinzipien des freien Internets brechenden Projekten sich stark abkoppelnder Netzwerke in China und Russland (Ebert/Maurer 2013; Budnitsky/Jia 2018). Es lässt sich auch nachweisen in »demokratischen« Projekten etwa in der EU oder Kanada, wo vermehrt die Lokalisierung von Datenflüssen oder Entwicklung von Digitaltechniken gefordert wird (skeptisch zur praktischen Eignung der diskutierten Instrumente: Maurer et al. 2015). Das nach den Snowden-Enthüllungen weitgehend akzeptierte *Frame* eines Kampfs um Souveränität gegen hegemoniale Praktiken wie Geheimdienstüberwachung findet immer weitere Anwendungen; jüngere Beispiele sind die Diskussion um die Manipulation demokratischer Praktiken durch Angriffe von »außen« (Botnetzwerke und Fake News) oder industriepolitisch überlagerte Auseinandersetzungen (jüngst Huawei). Und es deutet sich an, dass gerade mit Blick auf Technologien des maschinellen Lernens (künstliche Intelligenz) ein *Arms-Race-Framing*, das einen spiralförmigen und unerbittlichen Wettbewerb zwischen Nationen oder Regionen beschwört, zentral wird. So fügt sich der Diskurs in einen größeren Diskurs um die neue Multipolarität der Weltordnung ein. Was aber eine doppelte Gefahr birgt: zum einen die, dass die vielerorts praktizierte, immer umfassendere Überwachung von Bevölkerungen als notwendiges Element von Souveränität verstanden wird; zum anderen Souveränität nicht als liberal-pluralistisches Prinzip der Organisation des Globalen, sondern als konfliktives Prinzip der Selbstbehauptung zu deuten, also nicht wechselseitige Anerkennung, sondern den Kampf um Vorherrschaft zu betonen.

Die zweite Weise, in der Souveränität im Kontext von Herrschaft und Kontrolle zu thematisieren ist, ist anders gelagert: Sie bezieht sich auf die Herausforderung staatlicher Souveränität durch die immer umfassenderen Machtmöglichkeiten privatwirtschaftlicher Akteure. Den Ausgang nimmt diese Diskussion oft bei der puren Größe und Marktmacht der zentralen Digitalunternehmen samt dem Hinweis auf deren transnationale Aufstellung, deren aggressive Monopolstrategien, die Nutzung von Skalierungseffekten und die damit einhergehende, lange sehr weitgehende Immunität gegenüber politischen Regulierungsversuchen (Dolata 2015). Eine solche, in der Hauptsache ökonomische Betrachtung fördert zutage, dass es tatsächlich schwierig ist, diesen Unternehmen mit den Mitteln natio-

nalstaatlicher Souveränität zu begegnen. Schwierig heißt jedoch nicht unmöglich und die letzten Jahre mit ihrem stark anschwellenden Regulierungsdiskurs haben gezeigt, dass die spezifischen Unternehmen der Digitalwirtschaft (Intermediäre, Plattformen) durchaus unter Druck gesetzt und zu Regulierung gezwungen werden können (früh bereits: Goldsmith/Wu 2006).

Vom Souveränitätsparadigma gedacht, ist es daher auch weniger die wirtschaftliche Macht mancher Unternehmen, die das ›Neue‹ der Herausforderung darstellt (starke Machttagglomeration in privatwirtschaftlicher Hand ist schließlich ein altes Phänomen), sondern deren anders gelagerten Eingriffsmöglichkeiten in das gesellschaftliche und politische Leben. Unternehmen der Digitalwirtschaft und im Besonderen die großen Plattformen und Intermediäre verfügen durch die immer umfassendere Aggregation von Daten und die Entwicklung von Algorithmen über eine Machtposition, die eben nicht nur dem wirtschaftlichen Erfolg dient; ihre Position bringt auch umfassende Möglichkeiten zur Beherrschung von Individuen oder Gesellschaften hervor – sowie die marktwirtschaftlichen Anreize, diese auch zu nutzen (Couldry/Mejias 2019). So werden etwa in der *Smart City* immer stärker Regierungsabsichten offenkundig und die sich ändernden Geschäftsmodelle führen dazu, dass kapitalistische Praktiken differenziert und manipulativ in die Geschicke von Bürgern und Staaten eingreifen. Shoshana Zuboffs Buch *Surveillance Capitalism* (2019) stellt hier die wohl am weitesten beachtete Kritik dar; in ihm zeigt Zuboff, wie die Ausrichtung des digitalen Kapitalismus sich immer weiter entfernt von der Logik des anonymen Austauschs von Marktgütern und in ein Geschäftsmodell mündet, wo permanente Identifikation angestrebt wird. Dabei werden ein Machtinstrument und ein Machtanspruch kreiert, welche selbst über viele Herrschaftspraktiken von Staaten hinausweisen und die nicht mehr im wirtschaftlichen Setting zu legitimieren sind. Schließlich muss noch eine weitere Entwicklung in Bezug auf private Macht und digitale Souveränität hervorgehoben werden: Die zunehmende Verschränkung und tiefe Abhängigkeit von privaten und öffentlichen Weisen der Machtausübung. Diese Hybridisierung tritt etwa zutage, wenn die Durchsetzung staatlicher Machtansprüche selbst in zentralen Bereichen wie den Grundrechten auf private Akteure angewiesen ist, wenn staatliche Durchsetzungsmacht sich gezielt über informale Arrangements mit wirtschaftlichen Akteuren ausbreitet (Tusikov 2016); oder wenn die Ausnutzung privater Datensammlung Nutzer zu »freelancers for the state's security apparatus« macht (Hu 2015, 146).

Die digitale Konstellation bringt somit – sowohl in Hinblick auf die zwischenstaatlichen Beziehungen wie auch auf die staatlich-nicht-staatlichen Verhältnisse – eine neue Dynamik hervor, die in einen Souveränitätsdiskurs mündet, der noch unentschieden ist, zwischen einer re-konfigurierten, aber mächtigen Wiederkehr staatlicher Souveränität oder deren Relativierung angesichts neuer Machtkonstellationen.

4. Souveränität und das Prinzip demokratischer Selbstbestimmung

In den bisherigen zwei Auseinandersetzungen haben wir gesehen, dass sich Souveränität als Prinzip der Herrschaftsorganisation durch die gesellschaftlichen Transformationen im Kontext der digitalen Konstellation verändert, freilich ohne zu verschwinden. Souveränität wurde in diesen Diskursen hauptsächlich unter dem Aspekt staatlich-exekutiver Durchsetzungsfähigkeit gefasst. Im letzten Schritt der Rekonstruktion geht es nun darum, noch einmal einen anders qualifizierten Souveränitätsbegriff vorzustellen, dem ebenfalls zunehmend wissenschaftliches und öffentliches Interesse im Kontext der digitalen Konstellation zukommt: der demokratischen Souveränität. Der Diskurs um demokratische Souveränität richtet den Blick in erster Linie nach ›innen‹ auf die Möglichkeiten der Organisation und Legitimation von Herrschaft – und erst im zweiten Schritt nach ›außen‹, auf die Durchsetzungsfähigkeit. Das normative Prinzip demokratischer Souveränität zielt dabei darauf ab, die Aggregation von Macht auf der Ebene des Staates durch die Rückbindung an kollektive Selbstbestimmung und die individuelle Freiheit der Bürger*innen legitimierbar zu machen. Seit den Zeiten Rousseaus wird dabei die zentrale Schwierigkeit in der Balancierung des individuellen und kollektiven Moments gesehen. Doch auch hier fügt die digitale Konstellation der Diskussion neue Facetten hinzu, da die Bedingungen kollektiver wie individueller Autonomie noch einmal und anders in Frage gestellt werden (für eine konzise Behandlung der Thematik vgl. auch Ritzi/Zierold 2019).

In Bezug auf die Dimension kollektiver Selbstbestimmung richtet sich der Blick insbesondere auf die Frage der kommunikativen Voraussetzungen des demokratischen Prozesses. Dieser muss nach Habermas so gestaltet sein, dass für das Erreichen legitimer Entscheidungen »die Unterstellung der gleichmäßigen Inklusion eines jeden möglicherweise Betroffenen und die Aussicht auf vernünftige Ergebnisse [...] begründet sind« (Habermas 2008, 147). Dieser hohe Anspruch von Inklusion und Rationalität, der die Bürger erst zu Autoren wie Adressaten demokratischer Politik mache, sei für Volkssouveränität entscheidend. Nicht die absolute Umsetzung dieser normativen Ansprüche, sondern die Auslegung und stete Optimierung des politischen Systems hin auf die demokratischen Ziele wird dabei als die Demokratie kennzeichnend angesehen. Die »mediatisierte Demokratie« der digitalen Konstellation, wie sie Jeanette Hofmann an anderer Stelle in diesem Band ausführlicher beschreibt, stellt eine umfassende Re-Konfiguration der Bedingungen demokratischer Politik dar. Nicht, weil digitale Technologien Demokratie bedrängen oder gar verunmöglichen (bzw. wie es anfangs im Diskurs oft angenommen wurde, deren etablierte Form obsolet werden lassen), sondern weil sich die Prozesse gesellschaftlicher Selbstverständigung in der digitalen Konstellation tiefgreifend von der bürgerlichen und massenmedialen Öffentlichkeit unterscheiden. Es ist insbesondere die Polarisierung des öffentlichen Diskurses und das Fehlen verbindlicher Or-

te eines allgemeinen gesellschaftlichen Austauschs, die als Herausforderung für die Demokratie diskutiert werden (Bennett/Pfetsch 2018); ebenso der Umstand, dass die Affordanzen vernetzter Kommunikation gerade nicht nur emanzipatorischen Projekten zukommen, sondern sich vielleicht sogar besser mit populistischen und agonistischen Bewegungen verknüpfen lassen (Bennett et al. 2017; Kersting 2019 in diesem Band). In Blick auf die Möglichkeit und Herausbildung demokratischer Souveränität wird Digitalität daher zunehmend als ein sprengendes Element verstanden – oder gar als »Katastrophe«, für welche die politischen Strategien der Bewältigung noch keineswegs in Aussicht stehen (Baecker 2018).⁶

Während Debatten um Demokratie als bürgerlich-kollektives Prinzip oft von deliberativen oder partizipatorischen Demokratietheorien informiert werden, ist der Diskurs um individuelle Autonomie von einer liberalen Konzeption der Politik geprägt. In dieser ist die Annahme zentral, dass alle Politik letztlich der individuellen Selbstbestimmung dienen sollte, das Individuum also Ausgangs- wie Endpunkt der Demokratie zu sein hat. Interessanterweise ist nun auch dieser Diskurs in Bezug auf die digitale Konstellation zunehmend von einer Souveränitätsrhetorik geprägt. Dies hat zum einen theoretische Gründe, etwa wenn Souveränität als Abwesenheit der Beeinflussung durch staatliche oder privatwirtschaftliche Akteure aus dem genuinen Entscheidungs- und Lebensbereich verstanden und sodann angenommen wird, dass Digitalisierung das Einreißen dieser vormals oft impliziten, aber stabilen Grenzen bedeute.⁷ Die Ubiquität digitaler Erfassung und Vernetzung verringert dann Souveränität, weil sie zu jedem Zeitpunkt Erreich- und Kontrollierbarkeit herstellt oder weil die selektive, aber intransparente Personalisierung öffentlicher Kommunikation die Möglichkeit nimmt, sich neutral und unbeein-

6 Selbstverständlich gibt es schon lange Arbeiten, die die Unmöglichkeit und Illusion von Volkssouveränität herausarbeiten – man denke etwa an die Linie realistischer Demokratietheorien von Joseph Schumpeter über Danilo Zolo bis zu Ingolfur Blühdorn oder, ganz anders gelagert, an differenzbetonende Demokratietheorien (Cornelius Castoriadis, Claude Lefort oder Oliver Marchart etwa). Das Verständnis von Demokratie als souveräner Bestimmung eines kollektiven Selbst ist normativ wie empirisch völlig zu Recht höchst umstritten. Was an der Entwicklung in der digitalen Konstellation interessant ist, ist daher auch nicht die neuerliche theoretische Widerlegung des Ideals, sondern das Bewusstwerden für das Zerschlagen des kollektiven Zusammenhangs selbst in der breiten Mitte der Gesellschaft. Gesellschaftliche Kommunikation bringt immer schwächer ein verbindendes Element und geteilte Erzählungen hervor, was sich in dieses reimaginierenden Populismen ebenso zeigt wie in der Zersplitterung der Parteien- oder Medienlandschaft. Das Verblässen des demokratischen Souveräns aus der kollektiven Imagination gefährdet Legitimationserzählungen und stärkt Partikularismen, die die institutionelle Balance sodann weiter unterlaufen.

7 Bereits in dieser kurzen Rekonstruktion zeigt sich die große Nähe zum Privatheitsdiskurs. Der Souveränitätsdiskurs geht aber über diesen hinaus, da er stärker auf Handlungs- als auf Abgrenzungspotentiale fokussiert ist.

flusst zu verhalten.⁸ Während ein solches Souveränitätsverständnis insbesondere in technischen Communities geäußert wird, wird individuelle Souveränität auch von staatlicher Seite her proklamiert. Dann aber mit einem stärker wirtschaftlichen Zungenschlag, etwa als Angebotsfreiheit oder als Verbrauchersouveränität (Mistereck 2017, 19ff.). Gerade weil auch der Digitalisierungsbegriff anders als frühere Diskurse um Internet oder Netzpolitik eine stark wirtschafts- bzw. industriepolitische Aufladung hat, ist diese ›unpolitische‹ Sichtweise auf ›digitale Souveränität‹ nicht nur vermehrt wichtig geworden – sondern mündet selbst wieder in eine Rechtfertigung nationalstaatlichen Handelns zur Bewahrung von Souveränität.

5. Souveränität: Ein kurzer Ausblick

Die skizzierten Debatten über Souveränität in der digitalen Konstellation sollten zunächst einmal deutlich gemacht haben, wie wichtig das Konzept der Souveränität für den Diskurs um die Ausgestaltung der politischen Ordnung in der digitalen Konstellation mittlerweile wieder ist. Souveränität ist gerade nicht verschwunden, sondern rückt durch den Bezug auf Digitalisierung vermehrt in das Zentrum des politischen Diskurses. Dies geschieht obwohl – oder gerade, weil? – es letztlich keinen gemeinsamen Nenner oder auch nur dominante Verwendungsweise des Begriffes gibt. Souveränität kann als analytische Brille oder als normative Forderung verwendet werden, sie kann auf Hierarchie und Staatlichkeit abstellen, aber auch demokratische Selbstbehauptung oder individuelle Unabhängigkeit implizieren. Die Ambivalenz macht den Begriff in der politischen Verwendung interessant, seine metaphorische Kraft ihn im Kontext komplexer, sich oft dem einfachen Verstehen entziehender digitaler Phänomene beliebt – und die umfassende Verwendung wiederum normalisiert das Nachdenken über Digitalität in der Kategorie der Souveränität.

Von den drei hier dargestellten Debattensträngen ist aber zu erwarten, dass es vor allem der zweite, gewissermaßen realpolitische Strang sein wird, dem auch in den kommenden Jahren viel Aufmerksamkeit zukommen wird. Souveränität ist als Konzept in einer multipolaren Welt nämlich auch deshalb so virulent, weil sie sich als legitimer Anspruch von Staaten gegenüber anderen Staaten, aber auch gegenüber nicht-staatlichen Akteuren formulieren lässt. Die Behauptung von Durchsetzungsmacht mag faktisch in Frage stehen, sich auf sie zu berufen, ist aber ein erster

8 Wie schon in der Fußnote 6 mit Blick auf die Volkssouveränität aufgeführt, gilt natürlich, dass die Erkenntnis, dass individuelle Autonomie sich intersubjektiv formt, theoretisch nicht neu ist, wohl aber die unmittelbare Bewusstwerdung dieser Abhängigkeiten durch die spezielle Weise, wie Digitalisierung Daten und Relationen als veränderliche, aber unmittelbar wirkmächtige Selbstbeschreibung offenbar macht (Nassehi 2019, 293ff.).

Schritt, sie herzustellen und ein kompetitiver Blick auf die Weltordnung lässt die Sicherung eigener Ansprüche und das Herausheben von Besonderheiten vordringlich erscheinen (ob in liberalen oder autoritären Kontexten). Anders verhält es sich mit dem zuerst dargestellten Debattenstrang: Die Erörterung der Widersprüche eines territorialen Verständnisses von Souveränität verliert an Dringlichkeit, wenn eine Rückkehr von Staatlichkeit so offensichtlich ist. Und dies auch dann, wenn sie sich in einer modifizierten Form ereignet. Mit Blick auf die dritte Linie schließlich, steht zu erwarten, dass es zwar weiterhin Versuche geben wird, den Begriff ob seiner performativen Produktivität zu verwenden, doch gerade wer wissenschaftlich für demokratische Selbstbestimmung eintreten möchte, sollte den Souveränitätsbegriff umsichtig und dosiert verwenden. Dessen Konnotationen einer Bündelung von Macht und der Existenz eines artikulationsfähigen kollektiven Selbst bleiben in einer pluralistischen Ordnung widersprüchlich und leicht zu missbrauchen.

Literaturverzeichnis

- August, Vincent (2018): Technologisches Regieren. Der Aufstieg des Netzwerk-Denkens in der Krise der Moderne. Dissertation: HU Berlin.
- Baecker, Dirk (2018): 4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt. 1. Auflage. Leipzig.
- Barlow, John Perry (1996): A Declaration of the Independence of Cyberspace. URL: <https://www.eff.org/cyberspace-independence> (17.05.2019).
- Baumann, Zygmunt et al. (2014): After Snowden: Rethinking the Impact of Surveillance. In: *International Political Sociology* 8 (2), S. 121–144.
- Bennett, W. Lance/Pfetsch, Barbara (2018): Rethinking Political Communication in a Time of Disrupted Public Spheres. In: *Journal of Communication* 68 (2), S. 243–253.
- Bennett, W. Lance/Segerberg, Alexandra/Knüpfer, Curd B. (2018): The Democratic Interface: Technology, Political Organization, and Diverging Patterns of Electoral Representation In: *Information, Communication & Society* 21 (11), S. 1655–1680.
- Budnitsky, Stanislav/Jia, Lianrui (2018): Branding Internet sovereignty: Digital media and the Chinese–Russian cyberalliance. In: *European Journal of Cultural Studies* 21 (5), S. 594–613.
- Castells, Manuel (2009). *The Rise of the Network Society*. 2. Auflage. Chichester.
- Chenou, Jean-Marie (2014): From Cyber-Libertarianism to Neoliberalism: Internet Exceptionalism, Multi-Stakeholderism, and the Institutionalisation of Internet Governance in the 1990s. In: *Globalizations* 11 (2), S. 205–223.
- Couldry, Nick/Mejias, Ulises A. (2019): Data Colonialism: Rethinking Big Data's Relation to the Contemporary Subject. In: *Television & New Media* 20 (4), S. 336–349.

- Couture, Stéphane/Toupin, Sophie (2019): What Does the Notion of »Sovereignty« Mean When Referring to the Digital? Working Paper (under review) In: *New Media & Society* 21 (8), S. 1–18.
- Deibert, Ronald J./Masashi Crete-Nishihata (2012): Global Governance and the Spread of Cyberspace Controls. In: *Global Governance* 18 (3), S. 339–361.
- DeNardis, Laura (2012): Hidden Levers of Internet Control. In: *Information, Communication & Society* 15 (5), S. 720–38.
- Dolata, Ulrich (2015): Volatile Monopole. Konzentration, Konkurrenz und Innovationsstrategien der Internetkonzerne In: *Berliner Journal für Soziologie* 24 (4), S. 505–529.
- Drezner, Daniel (2010): Weighing the Scales: The Internet's Effects on State-Society Relations. In: *Brown Journal of World Affairs* 16 (2), S. 51–70.
- Dunn Cavely, Myriam (2007): Is Anything Ever New? Exploring the Specificities of Security and Governance in the Information Age. In: Mauer/DunnCavely (Hg.): *Power and Security in the Information Age*. Aldershot, S. 19–44.
- Ebert, Hannes/Maurer, Tim (2013): Contested Cyberspace and Rising Powers. In: *Third World Quarterly* 34 (6), S. 1054–1074.
- Goldsmith, Jack/Wu, Tim (2006): *Who Controls the Internet? Illusions of a Borderless World*. New York.
- Habermas, Jürgen (2008): Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In: Ach, Europa. *Kleine Politische Schriften XI*. Frankfurt a.M.
- Hansen, Lene/Nissenbaum, Helen (2009): Digital Disaster, Cyber Security, and the Copenhagen School. In: *International Studies Quarterly* 53 (4), S. 1155–75.
- Hofmann, Jeanette (2016): Multi-stakeholderism in Internet governance: putting a fiction into practice, in: *Journal of Cyber Policy* 1 (1), S. 29–49.
- Hofmann, Jeanette/Katzenbach, Christian/Gollatz, Kirsten (2017): Between Coordination and Regulation: Finding the Governance in Internet Governance. In: *New Media & Society* 19 (9), S. 1406–1423.
- Hu, Tung-Hui (2015): *A Prehistory of the Cloud*. Cambridge.
- Johnson, David R./Post, David (1996): Law and Borders: The Rise of Law in Cyberspace. In: *Stanford Law Review* 48 (5), S. 1367–1402.
- Kamis, Ben/Thiel, Thorsten (2015): The Original Battle Trolls: How States Represent the Internet as a Violent Place. In: *PRIF Working Papers* 23 (1/4), S. 1–17.
- Krasner, Stephen D. (1999): *Sovereignty. Organized Hypocrisy*. Princeton.
- Krasner, Stephen D. (2001): Abiding Sovereignty. In: *International Political Science Review* 22 (3), S. 229–251.
- Lambach, Daniel (2019): The Territorialization of Cyberspace. In: *International Studies Review* S. 1–25 (online first).

- Maurer, Tim et al. (2015): Technological Sovereignty: Missing the Point? In: *Cyber Conflict. Architectures in Cyberspace (CyCon)*, IEEE, 53–68. URL: <https://ieeexplore.ieee.org/abstract/document/7158468> (12.06.2019).
- Mistereck, Fokko (2017): *Digitale Souveränität. Technikutopien und Gestaltungsansprüche Demokratischer Politik*. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Köln.
- Möllers, Norma (im Erscheinen): Making Digital Territory: Cybersecurity, Techno-Nationalism, and the Moral Boundaries of the State. In: *Science, Technology, & Human Values*.
- Mueller, Milton L. (2010): *Networks and States: The Global Politics of Internet Governance*. Cambridge, Mass.
- Mueller, Milton (2017). *Will the Internet Fragment? Sovereignty, Globalization and Cyberspace*. Cambridge, UK.
- Nassehi, Armin (2019): *Theorie der digitalen Gesellschaft*. München.
- Nissenbaum, Helen (2005): Where Computer Security Meets National Security. In: *Ethics and Information Technology* 7 (2), S. 61–73.
- Pohle, Julia (im Erscheinen): *Digitale Souveränität*. In: Klenk et al. (Hg.): *Handbuch Digitalisierung in Staat und Verwaltung*. Wiesbaden.
- Pohle, Julia/Thiel, Thorsten (2019): *Digitale Vernetzung und Souveränität: Genealogie eines Spannungsverhältnisses*. In: Borucki/Schünemann (Hg.): *Internet und Staat*. Baden-Baden.
- Ritzi, Claudia/Zierold, Alexandra (2019): *Souveränität unter den Bedingungen der Digitalisierung*. In: Borucki/Schünemann (Hg.): *Internet und Staat*. Baden-Baden. S. 35–57.
- Sassen, Saskia (2006): *Territory, Authority, Rights: From Medieval to Global Assemblages*. Princeton.
- Schrape, Jan-Felix (2019): The Promise of Technological Decentralization. A Brief Reconstruction. In: *Society* 56 (1), S. 31–37.
- Steiger, Stefan/Schünemann, Wolf J./Dimmroth, Katharina (2017): Outrage without Consequences? Post-Snowden Discourses and Governmental Practice in Germany. In: *Media and Communication* 5 (1), S. 7–16.
- Steiger, Stefan/Schünemann, Wolf J. (2019): *Jenseits der Versicherheitlichung. Zu Stand und Aussichten der Cybersicherheitsforschung*. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S.
- Thiel, Thorsten (2014): *Internet und Souveränität*. In: Volk/Kuntz (Hg.): *Der Begriff der Souveränität in der transnationalen Konstellation*. Baden-Baden. S. 215–240.
- Tusikov, Natasha (2016): *Chokepoints: Global Private Regulation on the Internet*. Oakland.

Wagner, Ben/Vieth, Kilian (2016): Was macht Cyber? Epistemologie und Funktionslogik von Cyber. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 9 (2), S. 213–222.

Zuboff, Shoshana (2019): The Age of Surveillance Capitalism: The Fight for a Human Future at the New Frontier of Power, New York.